Im Wahlprogramm stand es. Im Antrag an den Parteitag steht es. Niemand stellt einen Änderungsantrag.

> "*Sie (die Reichen und Mächtigen) gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern*"[1]

In Zeiten, wo die Demokratie stark gefährdet ist, eine gängige Verschwörungstheorie zu bedienen, ist keine Stärkung der Demokratie, es ist eine Schwächung der Demokratie. Dieser bodenlose Populismus ist auf so vielen Ebenen falsch. Er erschwert aber vor allem reale Probleme anzusprechen und Lösungen zu entwickeln.

a) Den Satz hat vermutlich eine Person aufgeschrieben, die noch nie einen Gesetzentwurf geschrieben hat, geschweige denn einen Gesetzentwurf der einen komplizierten naturwissenschaftlichen und mathematischen oder medizinischen Sachverhalt als Grundlage hat. Gesetzestechnik ist das eine, die Übersetzung der Sachverhalte das andere. Die Reichen und Mächtigen können beides und stehen hinter dem Computer des/der Mitarbeiter*in, die/der nunmehr das Gesetz ändert. Übersehen wird dabei, dass es manchmal sinnvoll ist, wenn Externe einen Aufschlag für Gesetze machen, weil sie zum Teil viel tiefer in der Materie stecken. Mir ist zum Beispiel ist es lieber, dass Menschen einen Gesetzentwurf zur Vergesellschaftung von Grund und Boden schreiben, die das wirklich wollen, als Menschen, die auf Grund ihrer Tätigkeit dazu verpflichtet sind.

b) Den Satz hat vermutlich eine Person geschrieben, die noch nie verfolgt hat, wie Gesetze entstehen. Nur weil irgendwo jemand ein Gesetz schreibt, ist es nicht ein Gesetz. Innerhalb der Verwaltung findet eine Abstimmung innerhalb der Verwaltungshierarchie statt und eine Abstimmung mit anderen Verwaltungen. An welcher Stelle lassen die Reichen und Mächtigen die Gesetze zu ihrem Vorteil ändern?

c) Gesetze werden im Parlament beschlossen. Eigentlich ist das Parlament Gesetzgeber und sollte selbst Vorschläge unterbreiten. Häufig begnügen sich Parlamentarier*innen mit Anträgen, die den Ball an die Regierung zurückspielen, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wer als Parlamentarier*in zukünftig einen Antrag und keinen Gesetzentwurf vorlegt eröffnet also den Reichen und Mächtigen überhaupt erst die Option Gesetze zu ihrem Vorteil zu ändern. Aber so dürfte der Satz ebenso nicht gemeint sein, wie er auf das Problem hinweisen soll, dass das Parlament viel zu wenig selbst als Gesetzgeber aktiv wird. Immerhin spricht er Parlamentarier*innen von jeglicher Verantwortung frei, der „Unfall" passiert ja im Ministerium, in dem Gesetze geändert werden und nicht im Parlament.

d) Natürlich gehen die Reichen und Mächtigen nicht in Ministerien und lasse dort Gesetze zu ihrem Vorteil ändern. Der Satz zeichnet ein Bild, dass in den Ministerien irgendwelche Trottel*Innen sitzen, die nicht merken wer da an ihnen vorbeispaziert und seine Interessen durchsetzt ODER das die in den Ministerien das bewusst mitmachen. Es steht zu vermuten, dass eher die letztere Variante gemeint ist und Lobbyismus angeprangert werden soll. Also der böse Lobbyismus.

e) Der böse Lobbyismus ist, wenn Reiche und Mächtige in die Ministerien spazieren oder gar Minister*innen werden. Der gute Lobbyismus ist, wenn Gewerkschafter*innen oder zivilgesellschaftliche Organisationen in Ministerien marschieren, um Gesetze zu ändern oder Minister*innen werden. Das geht aber alles am Problem vorbei. Nicht Lobbyismus ist das Problem, sondern mangelnde Transparenz und ungleich verteilte Möglichkeiten zu lobbyieren. Für die Transparenz

[1] S. 33, Zeile 90

gibt es sogar Lösungsvorschläge (exekutiver Fußabdruck), manche sind sogar schon umgesetzt und könnten weiterentwickelt werden (Lobbyregister). Es ginge sogar, konkret in jedem Gesetz zu verlangen, dass aufgeführt wird, wer an einem Gesetz mitgewirkt hat (okay, dazu müsste die Struktur von Gesetzentwürfen gekannt werden). Bleibt die ungleiche Verteilung der Möglichkeit zu lobbyieren. Abhilfe wird aber nicht mit der Theorie geschaffen, dass Reiche und Mächtige direkt in die Ministerien gehen und Gesetze zu ihren Gunsten ändern, sondern mit konkreten Vorschlägen, für die um Mehrheit gerungen wird – im Parlament, denn das beschließt Gesetze. Denkbar wäre ja, dass im Lobbyregister (schaut da überhaupt mal jemand rein?) für die jeweiligen Lobbyist*innen die Ausgaben für Personal und Aktivitäten aufgelistet werden, es könnte über eine Obergrenze für Lobbytätigkeiten nachgedacht werden und was die „Ausleihe“ von Menschen aus der Privatwirtschaft für Gesetzesvorhaben angeht, kann über ein Verbot im Rahmen von Compliance-Regelungen nachgedacht werden.

f) Wenn es wenig später heißt, die Reichen und Mächtigen versuchen uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren, damit wir nicht merken, dass sie direkt in die Ministerien gehen, um Gesetze in ihrem Sinne zu ändern, ist das so Unterkomplex, dass gefragt werden muss: Was am Kapitalismus ist nicht verstanden worden? Wenn also die Reichen und Mächtigen nicht mehr in die Ministerien gehen, dann gibt es keine Spaltung mehr und wird kein Hass mehr geschürt. Frauen wären gleichberechtigt (und Männer würden sich zu gleichen Teilen an Care-Arbeit beteiligen), Menschen, die anders aussehen würden von Rassist*innen nicht länger als minderwertig angesehen und ausgegrenzt werden, Benachteiligungen wegen einer Behinderung gibt es auch nicht mehr. Lobbyismus ist zuerst und vor allem eine Einflussnahme im eigenen Interesse und für den maximal günstigsten Profit. Das geht dem Lobbyisten von BlackRock, genauso wie der Pharmaindustrie, der fossilen Energiewirtschaft genauso wie der Verbrenner-Auto-Industrie oder den Wärmepumpenhersteller*innen. Wenn infolge des Lobbyismus die Folge ist, dass noch weniger Steuern gezahlt werden, harte Arbeit noch schlechter entlohnt wird oder “aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne” geschlagen werden, ist das ein Nebeneffekt. Wenn der maximalste Profit dadurch zu erzielen ist, dass möglichst viele über längere Zeit ein bestimmtes Medikament bekommen oder möglichst viele Wärmepumpen statt Ölheizungen einbauen lassen, dann ist das der entscheidende Faktor und nicht, ob die Reichen und Mächtigen weniger Steuern zahlen oder harte Arbeit schlecht entlohnt wird. Auch „das Gute“ kann Scheiße sein, siehe die Klage der Betreiber von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (gute Sache) gegen die Strompreisbremse. Und der “Wärmepumpen-Reiche” hat nicht identische Interessen mit dem “fossilen Brennstoff-Reichen”. Das zu ignorieren ist fahrlässig.